

# Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Nitrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: K. Rohlfapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 85 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Wichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Ausperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 142

Bad Schandau, Dienstag, den 21. Juni 1927

71. Jahrgang

## Um die Rheinlandräumung

Von Dr. Paul Ostwald.

Das formale wie das moralische Recht, auf Grund des Artikels 431 des Versailler Diktats eine frühere Rheinlandräumung zu verlangen, ist bei der pünktlichen Erfüllung unserer übernommenen Verpflichtungen, die uns von der gegnerischen Seite zugestanden ist, durchaus auf unserer Seite. Dennoch hat sich der französische öffentlichen Meinung während der letzten Zeit infolge der Schritte, die die deutsche Regierung in dieser Hinsicht unternommen hat, eine steigende Nervosität bemächtigt. Die Blätter in der französischen Presse sind sehr vereinzelt, die darauf aufmerksam zu machen wagen, daß eine weitere Rheinlandbesetzung zwecklos sei, daß sie nur den einen Erfolg zeitigen könne, daß sowieso schon schwer belastete deutsch-französische Verhältnis noch um ein Bedeutendes schwieriger zu gestalten und zwar gegen das eigentliche Interesse beider Nachbarvölker und gegen das gesamte Europas. Es soll Herrn Briand zwar zugestanden werden, daß er vielleicht persönlich nicht abgeneigt ist, solchen Stimmen der Vernunft bis zu einem gewissen Grade Gehör zu schenken, aber es nicht uns wahrlich wenig, wenn es bei dieser persönlichen Ueberzeugung des französischen Außenministers geblieben ist. Uns muß es selbstverständlich darauf ankommen, daß seinen Versicherungen auch Taten folgen, und wir müssen da leider feststellen, daß Briand es nicht einmal fertig gebracht hat, sein in Locarno gegebenes Versprechen wahr zu machen, nämlich die Zahl der Besatzungstruppen auf die „Chiffres normaux“, d. h. auf die Stärke der deutschen Vorkriegsgarnisonen zurückzuführen. Für den, der hier sein Urteil mehr auf die geschichtlichen Erfahrungen gründete, war es allerdings von vornherein klar, daß die Schwierigkeiten des deutsch-französischen Problems nicht durch eine freundschaftliche Aussprache der beiden Außenminister zu beseitigen seien. Denn der Geist Ludwigs XIV. lebt nicht lediglich in Marschall Foch und den anderen Militärs, sondern er lebt in der ganzen französischen Nation und wird in ihr eifrig durch die Presse und Schule erhalten. Bezeichnend genug dafür ist z. B., was kürzlich der Senator Henry Lémery in einer deutschen Zeitschrift in einem Artikel über die Einstellung der französischen öffentlichen Meinung uns Deutschen gegenüber schreiben konnte, in einem Artikel, mit dem er sogar der deutsch-französischen Verständigung die Wege zu ebnen meinte. Es heißt dort u. a.: „Die Franzosen neigen zu dem Glauben, daß die Deutschen das, was wir Konzeptionen nennen, gern als Schwächen auslegen. Sie stellen sich vor, daß jede liberale Geste ihrerseits neue Forderungen Deutschlands hervorruft, und sie haben Angst, einen Weg einzuschlagen, auf dem sie immer weiter getrieben werden, wo ihre Zugeständnisse den freiwilligen Charakter verlieren und von Deutschland als ihm zustehende Rechte gefordert werden... Die französische öffentliche Meinung wundert sich, daß Deutschland die Räumung des Rheinlandes sofort nach dem Abschluß der interalliierten Kontrolle als ein ihm zustehendes Recht in Anspruch nimmt, und diejenigen, die in Frankreich diese Räumung in Betracht ziehen wollten, ließen sich durch die Forderungen gewisser Deutscher nach sofortiger Neutralisierung der französischen Grenzen abschrecken. Daher kommt die Vorstellung, daß Deutschland unerfüllbar ist und daß es bei jedem Entgegenkommen immer anspruchsvoller würde.“ — Wir Deutscher also, die wir nichts weiter verlangen, als daß uns das Recht wird, das im Rahmen der Versailler Diktatbestimmungen enthalten ist, sind unerfüllbar! Bei einer derartigen Einstellung der französischen öffentlichen Meinung uns Deutschen gegenüber — und schließlich muß Herr Lémery darüber besser Bescheid wissen als wir — ist es auch nicht vernünftig, daß der „Versöhnungspolitiker“ Briand sich nach London begeben mußte, um dort für eine Aufrechterhaltung der Entente cordiale zu sorgen, die nur auf unsere Kosten geschehen konnte. Der Gegensatz englischer und französischer Weltmachtspolitik war in der letzten Zeit zu offenbar geworden, vor allem im Mittelmeer, auf dem Balkan und im Fernen Osten. Angst und Nervosität ergriffen die französische öffentliche Meinung, daß diese geopolitischen und machtpolitischen Gegensätze sich zu unseren Gunsten am Rhein auswirken könnten, und so ist Briand den Weg gegangen, den schon so manche französische Politiker gegangen sind: er opferte Frankreichs sonstige Interessen in der Welt gegen dessen Macht-

stellung am Rhein. Man sollte meinen, die französische öffentliche Meinung müßte sich mit Mut und Zorn gegen einen Außenminister wenden, der dazu bereit gewesen ist, die englisch-italienische Vormachtstellung im Mittelmeer und auf dem Balkan anzuerkennen, sich zum mindesten damit abzufinden, der bereit dazu gewesen ist, England in China Unterstützung zuzusagen, obwohl die Interessen Frankreichs das Gegenteil fordern, der weiter die beste Waffe, die Frankreich gegen England in der Hand hatte, die Ausöhnung mit Rußland, so ohne alle Bedenken hingegeben hat und in die nur im englischen Interesse liegende antirussische Front eingeschwenkt ist. Aber Herr Briand kannte eben seine Leute, er wußte, daß bei der psychologischen Einstellung des französischen Volkes Deutschland gegenüber das alles nichts ausmachte, daß die Hauptsache blieb, uns unter allen Umständen um alle irgendwelchen Möglichkeiten englischer Geneigtheit für eine frühere Rheinlandräumung zu bringen. Für jeden, der die Dinge mit offenen Augen sieht, kann es heute keinesfalls mehr zweifelhaft sein, wie es um die Frage der Rheinlandräumung für uns bestellt ist. Die günstigen Aussichten, die sich vielleicht einmal dafür eröffnen, müssen heute als verschwunden gelten. Wenn man vielleicht dazu bereit sein wird, um den Schein zu wahren und Herrn Chamberlains Gewissen zu beruhigen, die Besatzung um einige tausend Mann zu verringern und kleine Umgruppierungen vorzunehmen, so ist das alles für uns natürlich bedeutungslos und darf nicht etwa als ein besonderes Entgegenkommen gemertet werden. Für uns kann nur die völlige Befreiung des Rheinlandes in Betracht kommen, und wir werden nicht müde werden dürfen, sie immer und immer wieder als unser formales und moralisches Recht zu fordern. Noch mehr werden wir uns aber dagegen zu wenden haben, wenn jetzt nicht nur von französischer sondern auch von englischer Seite von neuem der Versuch gemacht werden wird, die Rheinlandräumung mit dem polnischen Problem und mit unseren Ostfestungen in engen Zusammenhang zu bringen. Wir sind bezüglich der Entfestigung unserer Ostgrenzen in unseren Versprechungen schon weit über das Maß hinausgegangen, das uns unsere eigene Sicherheit vor dem unruhigen polnischen Nachbarn vorschreibt. Wenn der schon oben genannte Senator Lémery als besonderes Hindernis einer deutsch-französischen Verständigung auch darauf aufmerksam macht, daß Deutschland den Weg nach Warschau nicht findet, und „daß es eine Ehrenfrage Frankreichs sei, Polen zu schützen“, so darf man doch in aller Bescheidenheit einmal zu bedenken geben, wo wohl die größere Notwendigkeit eines Schutzes vorliegt: bei Deutschland, das nur ein Heer von 100 000 Mann hat und sich von seinem polnischen Nachbarn dauernd herausgefordert sieht, oder bei Polen, das über ein 3 Millionen-Heer verfügt und dem der deutsche Nachbar dauernde Beweise für die Schaffung eines erträglichen Nachbarverhältnisses gegeben hat und weiter gibt! Ein Ostlocarno, zu dem man uns gern zwingen möchte, ist in dem Augenblick nicht nötig, in dem von Paris und London aus auf Warschau in der richtigen Weise ein Druck ausgeübt würde, und in dem man von dort aus den polnischen nationalen Chauvinismus in die Grenzen wies. Auf keinen Fall soll man aber an der Seine und an der Themse glauben, man könnte uns Polen gegenüber durch irgend welche Versprechungen in der Frage der Rheinlandräumung zur Anerkennung unserer jetzigen Ostgrenzen zwingen. Beide Fragen haben für uns nicht nur nichts miteinander zu tun, sondern wir sind auch nicht gewillt, uns unser Recht durch neue Opfer zu erkaufen, die keine deutsche Regierung vor dem deutschen Volke zu vertreten wagen dürfte, auch nicht einmal vor der am meisten interessierten Rheinlandsbevölkerung. Was man im Rheinland gegen alles Recht, gegen alle Versprechungen die Besatzung aufrecht erhalten, weil man eben die Macht in den Händen hat, die Stunde ist vielleicht nicht allzufern, wo Frankreich es zu bereuen haben wird, eine derartige kurzfristige Politik Deutschland gegenüber betrieben zu haben, und wo eintritt, was selbst die „Times“ einmal schrieb, „daß es für Frankreich sich als vorteilhafter erweisen würde, eine frühere Rheinlandräumung gegen etwas eingetauscht zu haben, als später gegen nichts“.

### Für eilige Leser.

\* Graf Verchenfeld, der Sohn des deutschen Gesandten in Wien, erlitt auf der Fahrt nach Karlsbad (Tschecho.) einen schweren Motorradunfall. Er trug einen Schädel- und Schlüsselbruch und eine Gehirnerschütterung davon. Sein Mitfahrer erlitt ebenfalls eine Gehirnerschütterung.

\* Die italienische Gesandtschaft teilte gestern abend dem jugoslawischen Außenminister in einer Note mit, daß die albanische Regierung die Vertretung ihrer Interessen in Jugoslawien der italienischen Gesandtschaft anvertraut habe.

\* Zu dem schweren Segelbootsunglück zwischen Dänemark und der mecklenburgischen Küste teilt die Poststation Warnemünde auf Anfrage mit, daß das Segelboot mit den acht Studierenden an dem Fährschiff „Warnemünde-Gjelder“ bei dem starken Wellenschlag zerstückelt ist, und daß dadurch sechs Studierende den Tod fanden. Das Unglück hat sich 18 Kilometer von der mecklenburgischen Küste entfernt zugetragen. Die Leichen sind noch nicht geborgen.

\* Am Sonntagvormittag wurde in Frankfurt a. M. in seiner Wohnung der Kaufmann Franz Moser verhaftet, der in Hamburg seine Frau erdrosselte und die Leiche in einem Schrank versteckte.

Sitzung den Bericht des Reichsaußenministers über die Tagung des Völkerbundesrates und die in Genf geführten Verhandlungen entgegen. Es sprach der deutschen Delegation den Dank für ihre Bemühungen aus und stellte die Grundzüge fest, nach denen die eingehenden Interpellationen über die Außenpolitik beantwortet werden sollen.

Der Herr Reichspräsident empfing heute den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann zum Vortrag über die Tagung des Völkerbundesrates.

### Außenpolitische Interpellation der Regierungsparteien.

Berlin, 21. Juni. Die Regierungsparteien haben, wie die Germania meldet, im Reichstag folgende Interpellation eingebracht: Ist die Reichsregierung bereit, über die außenpolitische Entwicklung der letzten Monate in nächster Zeit Auskunft zu geben?

Die Interpellation wird am Donnerstag zur Verhandlung kommen und von Dr. Stresemann beantwortet werden. Für die Regierungsparteien wird, wie verlautet, Abgeordneter Kaas-Zentrum sprechen.

### Die Genfer Seeabrüstungskonferenz.

Die Genfer Seeabrüstungskonferenz, oder, wie sie auch nach ihrem Einberufer kurz genannt wird, die Coolidge-Konferenz, hat am Montag in Genf ihre Arbeiten aufgenommen. Den Vorsitz auf der Konferenz führt der Gesandte der Vereinigten Staaten in Brüssel, Gibbon. Diese Dreimächtekonferenz, zu der einige Staaten auch einen Beobachter entsenden, ist die Fortsetzung der Washingtoner Konferenz vom November 1921, die die Gesamtonnagen der Großkampfschiffe für die Vereinigten Staaten und Großbritannien auf je 525 000 Tonnen, für Japan auf 315 000 Tonnen und für Frankreich und Italien auf je 175 000 Tonnen beschränkte. Das Abkommen bestimmte ferner, daß Großkampfschiffe über 35 000 Tonnen nicht gebaut werden sollen und keine Geschütze über 406 Millimeter tragen dürfen. Die jetzige Konferenz soll nun das Abkommen auf die kleineren Schiffstypen, Kreuzer, Torpedos- und U-Boote erweitern.

Genf, 20. Juni. Die drei Seemächte-Konferenz wurde heute nachmittag um 3 Uhr in der Glasveranda des Völkerbundessekretariats, wo am Freitag noch der Völkerbundsrat getagt hatte, eröffnet. Die drei Delegierten Englands, Japans und Amerikas legten in großen Zügen der Konferenz die Flottenabrüstungsprogramme ihrer Regierung vor.

### Zu Hindenburgs 80. Geburtstag.

Eine Hindenburg-Spende.

Berlin, 20. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: In einer seiner letzten Sitzungen hat sich das Reichskabinett auch mit der Feier des 80. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten v. Hindenburg am 2. Oktober dieses Jahres beschäftigt. Es ging dabei von der Auffassung aus, daß das deutsche Volk es sich nicht nehmen lassen wird, dem Herrn Reichspräsidenten anlässlich seines Ehrentages erneut seine Anhänglichkeit und Verehrung zu bezeugen. Andererseits ist die Reichsregierung aber überzeugt, im Sinne des Herrn Reichspräsidenten zu handeln, wenn sie von kostspieligen allgemeinen Feiern aus diesem Anlaß Abstand nimmt und den guten Wünschen zu dem Geburtstag eine Form gibt, die dem Ernst der Zeit und der Not unseres Volkes Rechnung trägt.

Um jedem Deutschen daheim und draußen die Möglichkeit zu geben, seiner dankbaren Verehrung für die Person des Herrn Reichspräsidenten Ausdruck zu verleihen, haben die Reichsregierung und die Regierungen der deutschen Länder beschlossen, eine

## Genfer Nachklänge

### Berichterstattung Dr. Stresemanns.

Vor der außenpolitischen Debatte.

Die deutsche Delegation, die Deutschland auf der letzten Völkerbundratsagung vertrat, ist wieder nach Berlin zurückgekehrt. Nachdem Reichsaußenminister Dr. Stresemann dem Reichspräsidenten, der übrigens auch den Reichskanzler Marx zu einem Vortrag über die innenpolitische Lage empfangen hat, Bericht über die Ergebnisse der Genfer Ratstagung erstattet hatte, beschäftigte sich auch das Reichskabinett mit der letzten Völkerbundratsagung. Im Laufe dieser Woche, wahrscheinlich am Donnerstag, wird auch der Reichstag Gelegenheit nehmen, während einer großen außenpolitischen Debatte über die Vorgänge in Genf zu sprechen. Wie es heißt, wird der Reichsaußenminister die Aussprache mit einer großen Rede einleiten, in der er einen Rechenschaftsbericht

über die Genfer Ratstagung geben wird. Die Regierungsparteien beabsichtigen zu dieser Aussprache nicht einzelne Fraktionsredner vorzuschicken, sondern eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Die bezügliche interfraktionelle Besprechung sind bereits im Gange. Viel beachtet in politischen Kreisen wurde die Sitzung der deutschnationalen Reichstagsfraktion am Montag, die sich mit Genf beschäftigt haben soll. Im übrigen ist auch damit zu rechnen, daß Dr. Stresemann in seiner großen außenpolitischen Rede auf die Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten in Lunéville zurückkommen wird.

### Sitzung des Reichskabinetts.

Stresemann bei Hindenburg.

Berlin, 20. Juni. Das Reichskabinett nahm in seiner heutigen, unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen